

---

FDP Bad Vilbel

## **BAD VILBEL STELLT SICH AUF BESTATTUNG OHNE SARG EIN**

13.06.2013

---

Bad Vilbel – Die FDP-Fraktion im Bad Vilbeler Stadtparlament hat sich gemeinsam mit Bad Vilbels erstem Stadtrat Jörg Frank dafür eingesetzt, dass die neuen Regeln der hessischen Friedhofsgesetzgebung auch in Bad Vilbel angewandt werden können.

Der heimische FDP-Fraktionsvorsitzende und hessische Justizminister Jörg-Uwe Hahn machte geltend, dass in Hessen seit dem 1. März 2013 Bestattungen ohne Sarg erlaubt seien. Diese Entscheidung der bürgerlichen Landesregierung basiere auf zahllosen Gesprächen mit Vertretern nicht nur der Muslime, sondern sämtlicher christlicher Kirchen und jüdischer Gemeinden. „Alle Beteiligten waren sich darüber einig, dass es auch zum Leben eines Glaubens gehört, soviel wie möglich über die Bestattung selbst bestimmen zu können. Da für muslimische Gläubige eine Bestattung ohne Sarg der größte Wunsch ist, kann diesem nunmehr in Hessen auch nachgegangen werden“, so Bad Vilbels FDP-Fraktionsvorsitzender weiter.

In gemeinsamen Gesprächen mit den Vertretern auch der türkischen Gemeinden von Bad Vilbel sei nunmehr in die Überlegung mit aufgenommen worden, sogar ein eigenes Gräberfeld im Rahmen des Friedhofs zu überlegen. „Ich finde die Idee von Stadtrat Frank sehr gut, dem deutsch-türkischen Kulturverein DITIB anzubieten, in eigener Regie ein eigenes Gräberfeld zu organisieren. Dieses wäre sicherlich eine weit über Bad Vilbel hinaus besondere Neuerung, die aber anderen Glaubensgemeinschaften nicht nur in Bad Vilbel schon lange gewährt würde. „Für die FDP sei es darüber hinaus wichtig, dass auch das Thema Friedwaldbestattung eine neue Qualität in der Quellenstadt bekäme. „Wir wissen aus vielen Gegenden in Deutschland, dass es zahllose Menschen gibt, die nicht in einem „normalen“ Reihengrab beerdigt werden wollen. Gerade Personen, die für Ihre Bestattung ein Verbrennen wünschen, würden es sehr bevorzugen, wenn ihre Überreste zum Beispiel unter einem Friedbaum bestattet werden können. Auch dies sollten wir

künftig in unserer Stadt ermöglichen“, ist die weitere Forderung des FDP-Stadtverordneten und Ortsvorsitzenden Kai König.